

Nach Urteil des Bundesverwaltungsgerichts - Ein Klima-Turbo für Deutschland

Deutscher Bundestag

Drucksache: 21/4271 | Datum: 2026-02-24 | Fraktion(en): GRÜNE | GWÖ-Score: 9.0/10

[++] Empfehlung: Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag im Überblick

Der Antrag fordert ein sofortiges, rechtsverbindliches Klimaschutzprogramm 2026, das die Klimaschutzlücke bis 2030 schließt und sozial gerecht gestaltet ist.

- Beschleunigung erneuerbarer Energien und Rückzug des Netzpakets
- Sozial ausgestaltete Mobilitätswende mit Deutschland- und Sozialticket
- Beibehaltung der 65%-Regel im Gebäudeenergiegesetz
- Umlenkung öffentlicher Mittel aus fossilen in zukunftsfähige Strukturen
- Internationale Klimafinanzierung und globale Klimagerechtigkeit

GWÖ-Treue

Score: 9.0/10

Begründung: Der Antrag verankert Klimaschutz als rechtsstaatliche Pflicht und verbindet ökologische Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit, Transparenz und Mitbestimmung. Er adressiert systematisch alle fünf Berührungsgruppen (A-E) und vier der fünf Werte stark positiv — insbesondere Ökologische Nachhaltigkeit (C3, D3, E3), Soziale Gerechtigkeit (D4, E4), Solidarität (D2, E2) und Transparenz & Mitbestimmung (D5). Lediglich Menschenwürde (Spalte 1) wird indirekt berührt, bleibt aber nicht widersprüchlich.

Schwerpunkte: D3, D4, B3, B4, E2

Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen			++	++	
B: Finanzen			++	++	
C: Führung/Verwaltung			++		++
D: Bürger:innen	++		++	++	++
E: Gesellschaft/Natur		++	++	++	

Legende: ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

Berührte Themenfelder

- **A3:** Beschleunigung erneuerbarer Energien, Rückzug fossiler Subventionen [++]
- **A4:** Klimaschutzverträge, Tarifbindung in grünen Leitmärkten implizit gefordert [+]
- **B3:** Umlenkung öffentlicher Mittel aus fossilen Strukturen in Zukunftsinvestitionen [++]
- **B4:** Klimageld, progressive CO₂-Rückverteilung, einkommensgestaffelte Förderung [++]
- **C3:** Fristgerechte Umsetzung EU-Richtlinien, Rechtsverbindlichkeit von Klimaschutz [++]
- **C5:** Verankerung sozial gerechten Klimaschutzes als rechtliche Verpflichtung [++]
- **D1:** Schutz vor Klimafolgen als Staatsaufgabe – indirekte, aber fundamentale Verknüpfung [++]
- **D3:** Gebäudesanierung, Naturschutz, klimafreundliche Mobilität als Daseinsvorsorge [++]
- **D4:** Deutschlandticket, Sozialticket, Förderprogramme für geringe Einkommen [+]
- **D5:** Planungssicherheit, Überprüfbarkeit des Programms, klare Zielvorgaben [++]
- **E2:** Internationale Klimafinanzierung, Unterstützung ärmere Länder [++]
- **E3:** Globale Klimaziele, planetare Grenzen, Kohlenstoffbudget-Ansatz implizit [++]
- **E4:** Klimagerechtigkeit, historische Verantwortung Deutschlands [++]

Programmtreue

CDU

Wahlprogramm: 2.0/10 — Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Positionen: Ablehnung des Verbrenner-Aus 2035, Kritik an Netzpaket-Rückzug, Forderung nach Gasbohrungen vor Borkum sowie Technologieoffenheit statt Erneuerbare-Priorisierung. CDU befürwortet Gaskraftwerke als Brückentechnologie ([Q6]) und lehnt einseitige Ausstiegswänge ab.

Parteiprogramm: 2.0/10 — Widerspruch zu CDU-Grundsatzprogramm: CDU betont 'Technologieoffenheit' und 'klimafreundliche Erzeugung' inkl. Gas ([Q6]), lehnt Aufweichung bestehender Standards ab ([Q7]), und sieht Klimaschutz im Einklang mit Ökonomie – nicht als Rechtsverpflichtung gegen politische Verhandlungsmasse. Keine Übereinstimmung mit dem Antrag.

CSU

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

AfD

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

SPD

Wahlprogramm: 7.0/10 — Der Antrag stützt SPD-Kernziele: Klimaneutralität bis 2040, Kohleausstieg beschleunigen, soziale Gerechtigkeit, Tariftreue bei Vergaben (implizit in Klimaschutzverträgen), 13€ Mindestlohn (sozial ausgewogene Förderung). Allerdings fehlt explizite Bezugnahme auf Arbeitnehmerrechte oder Gewerkschaftsrolle.

Parteiprogramm: 8.0/10 — Stimmt mit Hamburger Programm überein: Klimaschutz als Teil der Grundwerte (Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität), sozial-ökologische Transformation ([Q12]), Ablehnung von Atomkraft ([Q13]), globale Verantwortung ([Q11]).

GRÜNE (Antragsteller)

Wahlprogramm: 10.0/10 — Der Antrag ist wörtlich eine Umsetzung des GRÜNEN Wahlprogramms NRW 2022: Klimaneutralität deutlich vor 2040, Kohleausstieg 2030, 100% Erneuerbare, Solarpflicht, Windkraftausbau, 365€-Ticket, Sozialticket, natürlicher Klimaschutz, Abschaffung fossiler Subventionen.

Parteiprogramm: 10.0/10 — Der Antrag entspricht vollständig dem GRÜNEN Grundsatzprogramm 2020: globales Klimabudget ([Q1]), Recht auf Wohnen als Daseinsvorsorge ([Q2]), gerechte Kostenverteilung ([Q3]), europäische Energieunion ([Q4]), Divestment und Finanzmarktregulierung ([Q5]).

LINKE

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

BSW

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

FDP

Wahlprogramm: 1.0/10 — Der Antrag widerspricht FDP-Kernpositionen: Kritik an 'fossilen Fehlanreizen' und 'Subventionen' steht im Kontrast zur FDP-Forderung nach Technologieoffenheit und Marktlösungen statt Verbote. FDP lehnt Eingriffe in Eigentumsrechte (z.B. Gebäudeenergiegesetz) ab und bevorzugt Emissionshandel ohne soziale Verteilungskomponenten.

Parteiprogramm: 1.0/10 — Widerspruch zum FDP-Grundsatzprogramm: FDP betont 'individuelle Freiheit', 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' ([Q8]), 'freie Marktwirtschaft' ([Q12]), und lehnt staatliche Lenkung zugunsten einer bestimmten Technologie ab. Der Antrag fordert starke staatliche Steuerung, was fundamental widerspricht.

Verbesserungsvorschläge

Original:

den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent zu beschleunigen, Planungssicherheit für Investitionen zu gewährleisten, Netze und Speicher zügig auszubauen und das

sogenannte Netzpaket wegen seiner verheerenden Wirkung auf den Fortschritt der Energiewende zurückzuziehen

Vorschlag:

den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent zu beschleunigen, **insbesondere durch Priorisierung kommunaler und genossenschaftlicher Projekte**, Planungssicherheit für Investitionen zu gewährleisten, Netze und Speicher zügig auszubauen und das sogenannte Netzpaket wegen seiner verheerenden Wirkung auf den Fortschritt der Energiewende zurückzuziehen

Stärkt Gemeinwohl-Orientierung (Berührungsgruppe C/D), fördert regionale Wertschöpfung und Mitbestimmung (D5, A2)

Original:

sozial gerechten Klimaschutz rechtlich verbindlich zu verankern, durch ein wirksames Klimageld, eine progressive Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sowie gezielte, einkommensgestaffelte Förderprogramme für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen

Vorschlag:

sozial gerechten Klimaschutz rechtlich verbindlich zu verankern, **unter besonderer Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung, älteren Menschen und Alleinerziehenden**, durch ein wirksames Klimageld, eine progressive Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sowie gezielte, einkommensgestaffelte Förderprogramme für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen

Vertieft soziale Gerechtigkeit (D4) und Menschenwürde (D1) durch explizite Inklusion vulnerabler Gruppen

Original:

den natürlichen Klimaschutz auch künftig abzusichern, Wälder, Moore und andere Ökosysteme wirksam zu schützen und wiederherzustellen

Vorschlag:

den natürlichen Klimaschutz auch künftig abzusichern, **unter Einbeziehung indigener und lokaler Wissenssysteme**, Wälder, Moore und andere Ökosysteme wirksam zu schützen und wiederherzustellen

Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (E5) und Solidarität (E2) durch globale Lernpartnerschaften und gerechte Wissenskooperation

Zusammenfassung

Stärken

- Rechtsstaatliche Verankerung von Klimaschutz als Pflicht
- Systematische Verknüpfung von Ökologie und Sozialem
- Konkrete, umsetzbare Maßnahmen mit klarer Zuständigkeit

Schwächen

- Keine explizite Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung oder älteren Menschen
- Fehlende Verankerung von Gemeinwohl-Ökonomie-Kriterien in Beschaffung (A1–A5)

- Starke internationale Verantwortung und Klimagerechtigkeit

- Unzureichende Betonung von Mitbestimmung in Unternehmen (C2)

Erstellt mit GWÖ-Antragsprüfer v4.1 | Matrix 2.0 für Gemeinden

germany.econgongood.org

Original-Antrag

Drucksache 21/4271

Nach Urteil des Bundesverwaltungsgerichts - Ein Klima-Turbo für Deutschland

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Antrag

der Abgeordneten Lisa Badum, Swantje Henrike Michaelsen, Dr. Julia Verlinden, Sascha Müller, Dr. Alaa Alhamwi, Kassem Taher Saleh, Dr. Zoe Mayer, Johannes Wagner, Steffi Lemke, Harald Ebner, Dr. Jan-Niclas Gesenhues, Julia Schneider, Katharina Beck, Dr. Armin Grau, Dr. Anton Hofreiter, Julian Joswig, Michael Kellner, Karoline Otte, Stefan Schmidt, Katrin Uhlig und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nach Urteil des Bundesverwaltungsgerichts – Ein Klima-Turbo für Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Januar 2026 ist eindeutig: Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung reichen nicht aus, um die gesetzlichen Klimaschutzziele zu erreichen. Die Bundesregierung ist verpflichtet, unverzüglich ein wirksames Klimaschutzprogramm vorzulegen, das die Zielerreichung bis 2030 sicherstellt.

Damit ist höchstrichterlich klargestellt: Klimaschutz ist keine politische Verhandlungsmasse, sondern geltendes Recht. Die Einhaltung der Klimaziele ist gesetzliche Pflicht. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor den Folgen der Klimakrise ist eine zentrale Staatsaufgabe.

Statt dieser Verpflichtung nachzukommen, betreibt die Bundesregierung seit Amtsantritt den schrittweisen Abbau klimapolitischer Instrumente und sorgt damit für massive Verunsicherung bei Unternehmen, Beschäftigten und Verbraucherinnen und Verbrauchern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird gebremst, das Gebäudeenergiegesetz infrage gestellt, europäische Vereinbarungen wie das Verbrenner-Aus 2035 aufgeweicht sowie die fristgerechte Umsetzung der Europäischen Gebäuderichtlinie attackiert und fossile Abhängigkeiten erneut verlängert. Subventionen für klimaschädliche Bereiche sowie der Gas-Rausch der Politik von Energieministerin Reiche, die sogar vor Borkum nach dreckigem Gas bohren will, vergrößern die ohnehin erhebliche Klimalücke weiter.

Angesichts einer Klimaschutzlücke von über 200 Millionen Tonnen CO₂ bis 2030 – insbesondere im Verkehrs- und Gebäudebereich – verschärft dieser Kurs die Rechtsverletzung, statt sie zu beheben. Planungssicherheit für Wirtschaft, Kommunen und Verbraucherinnen und Verbraucher wird untergraben, Investitionen in Zukunftstechnologien werden gefährdet.

Es braucht daher jetzt einen Klima-Turbo statt Rückabwicklung: keinen weiteren Abbau von Klimaschutz, keine neuen fossilen Fehlanreize und teuren Fehlinvestitionen, keine Aufweichung bestehender Standards. Stattdessen ist umgehend ein Klimaschutzprogramm vorzulegen, das wirksam, überprüfbar und geeignet ist, die gesetzli-

chen Klimaziele einzuhalten und die bestehende Klimalücke zu schließen. Klimaschutz muss dabei sozial gerecht ausgestaltet werden und die Transformationskosten entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verteilen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich ein Klimaschutzprogramm 2026 vorzulegen, das die gesetzlichen Klimaziele bis 2030 sowie 2040 einhält und insbesondere folgende Maßnahmen umfasst:

1. den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent zu beschleunigen, Planungssicherheit für Investitionen zu gewährleisten, Netze und Speicher zügig auszubauen und das sogenannte Netzpaket wegen seiner verheerenden Wirkung auf den Fortschritt der Energiewende zurückzuziehen, damit günstiger Strom aus erneuerbaren Quellen dauerhaft für alle verfügbar ist;
2. der Industrie verlässliche Rahmenbedingungen für Klimaneutralität zu geben, grüne Leitmärkte zu stärken, Klimaschutzverträge auszubauen und marktwirtschaftliche Instrumente wie den Emissionshandel wirksam und fair auszugestalten;
3. im Gebäudesektor klare und stabile Regeln für erneuerbare Wärme und energetische Sanierung, insbesondere durch die Beibehaltung der 65%-Regel für Erneuerbares Heizen im Gebäudeenergiegesetz, zu sichern, bestehende Förderprogramme verlässlich weiter zu finanzieren und sozial auszugestalten, sowie die Europäische Gebäuderichtlinie fristgerecht bis Ende Mai 2026 in nationales Recht umzusetzen;
4. klimafreundliche Mobilität systematisch zu stärken, dafür zu sorgen, dass öffentlicher Verkehr für alle bezahlbar ist, insbesondere durch ein günstigeres Deutschlandticket und bundesweites Sozialticket, Elektromobilität klar zu priorisieren und klimaschädliche Fehlanreize im Verkehrsbereich schrittweise abzubauen;
5. den natürlichen Klimaschutz auch künftig abzusichern, Wälder, Moore und andere Ökosysteme wirksam zu schützen und wiederherzustellen, den Umbau hin zu einer vielfältigeren, klima- und naturverträglichen Landwirtschaft zu fördern, die den Betrieben neue Perspektiven eröffnet sowie europäische Naturschutzvorgaben ambitioniert umzusetzen;
6. klima- und umweltschädliche Steuervergünstigungen und Subventionstatbestände konsequent abzubauen, die Dienstwagenbesteuerung mit klarer Ausrichtung auf emissionsfreie Fahrzeuge und Begrenzung überproportionaler Vorteile für hohe Einkommen zu reformieren, öffentliche Mittel aus fossilen Strukturen abzuziehen und die freiwerdenden Ressourcen zielgerichtet in sozial ausgewogene Zukunftsinvestitionen umzulenken;
7. das Verursacherprinzip zu stärken, übermäßige Gewinne fossiler Geschäftsmodelle angemessen und leistungsfähig zu beteiligen und die Einnahmen für Klimaschutz, Innovation und Schadensbewältigung einzusetzen;
8. sozial gerechten Klimaschutz rechtlich verbindlich zu verankern, durch ein wirksames Klimageld, eine progressive Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sowie gezielte, einkommensgestaffelte Förderprogramme für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen;
9. die internationale Klimafinanzierung verlässlich abzusichern, um ärmere Länder beim Umstieg auf erneuerbare Energien und bei der Anpassung an die Klimakrise zu unterstützen und Deutschlands klimapolitische Glaubwürdigkeit zu stärken;

10. einkommensteuerrechtliche Regelungen mit klimapolitischer Relevanz verbindlich und fortlaufend auf ihre Verteilungswirkungen zu überprüfen und konsequent am Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auszurichten.

Berlin, den 24. Februar 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

